Institut für empirische Soziologie an der Universität Erlangen-Nürnberg

SOKO Sozialforschung Kommunikation

# Menschen mit Behinderung und barrierefreies Wohnen in Nürnberg
## - Zusammenfassung -

Das Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt Stadt Nürnberg hat 2019 das Institut für empirische Soziologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gemeinsam mit dem SOKO Institut für Sozialforschung und Kommunikation damit beauftragt, eine Studie mit dem Titel „Menschen mit Behinderung und barrierefreies Wohnen in Nürnberg“ durchzuführen.

Die Studie hatte zwei Teile. Der erste Teil (Teil A) beschäftigte sich mit unterschiedlichen Definitionsvarianten von Behinderung, gab Auskunft über die Anzahl von in Nürnberg lebenden Menschen mit Behinderung differenziert nach jeweiliger Art und jeweiligem Grad und untersuchte darüber hinaus die Teilhabesituationen von Menschen mit Behinderung in Nürnberg. Dabei erhielten drei Gruppen besondere Beachtung: Erstens Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund, zweitens Kinder und Jugendliche mit Behinderung und drittens Pflegebedürftige, die noch nicht im Seniorenalter sind.

Der zweite Teil der Studie (Teil B) befasste sich damit, was unter barrierefreiem Wohnraum zu verstehen ist, wie viel barrierefreier Wohnraum in Nürnberg derzeit zur Verfügung steht, inwiefern es hierbei zu Versorgungslücken kommt und welche Fördermöglichkeiten für den Bau und Umbau barrierefreier Wohnungen und Häuser existieren.

In der Studie wurde eine repräsentative Stichprobe von 5.000 erwachsenen Personen gezogen, die in Nürnberg leben. Ihnen wurde ein Fragebogen zugeschickt, mit dem Informationen über sämtliche Haushaltsmitglieder und über den Wohnraum des Haushalts abgefragt wurden und der anschließend statistisch ausgewertet wurde. Insgesamt wurden 1.681 Fragebögen über Nürnberger Haushalte und die dort lebenden Personen ausgefüllt, 1.638 davon vollständig. Da in der Haushaltsbefragung Fragen zu sämtlichen Personen im Haushalt gestellt wurden, enthält der Datensatz Informationen über 3.698 Personen.

Etwa 30 Personen aus der Stichprobe – die Hälfte davon gehörte den in der Studie besonders beachteten Gruppen von Menschen mit Behinderung an – und weitere 14 Expertinnen und Experten, die sich professionell mit den Themengebieten der Studie auseinandersetzen, wurden zusätzlich telefonisch bzw. persönlich genauer über die Teilhabe von Menschen mit Behinderung und barrierefreies Wohnen in Nürnberg befragt. Verwendet wurden für die Untersuchung darüber hinaus Rechtsdokumente, Forschungsliteratur sowie amtliche Daten und Statistiken. Letztere decken das sogenannte Hellfeld ab. Dort kommt es allerdings zu Erfassungsproblemen, die durch die eigenständige Haushaltsbefragung (Dunkelfelderhebung) behoben werden sollten.

Teil A der Studie zeigt, dass in 30 % der Nürnberger Privataushalte mindestens eine Person lebt, die nach subjektiver Einschätzung eine lang andauernde gesundheitliche Beeinträchtigung oder Behinderung hat. Nach derselben Definition hat 19 % der Nürnberger Wohnbevölkerung eine Behinderung. Eine amtlich anerkannte Behinderung gemäß offizieller Statistik haben 17 %.

Zu den Menschen mit Behinderung gehören mehr Frauen als Männer und eher Ältere als Jüngere, vier Prozent sind Kinder und Jugendliche. Zudem besitzen acht Prozent nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Bei den Behinderungsarten stehen körperliche Behinderungen und chronische Erkrankungen im Vordergrund. Mehrfachbehinderungen treten bei 39 % der Menschen mit Behinderung auf. 17 % beziehen Pflegeleistungen. Weniger als ein Prozent der Nürnberger Bevölkerung sind Pflegebedürftige unter 65 Jahren.

Teilhabeeinschränkungen empfinden Menschen mit Behinderung in Nürnberg vor allem bei sozialen Aktivitäten, in Arbeit und Beruf, im öffentlichen Raum und im öffentlichen Verkehr. Besser beurteilen sie die Situation im persönlichen Austausch mit anderen Menschen, bei der Nutzung von Medien, in Bildung und Ausbildung sowie beim Leben bei sich zu Hause. Als besonders hinderlich für Menschen mit Behinderung, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, werden häufig Sprachbarrieren und geringere Kenntnisse über sozialstaatliche Leistungen und Angebote gesehen. Erschwerend kann bei Ihnen hinzukommen, dass sie weniger auf informelle Hilfe durch Angehörige zurückgreifen können, wenn sich diese im Herkunftsland befinden. Im Hinblick auf Pflegebedürftige unter 65 Jahre werden insbesondere ein Mangel an verfügbaren Pflegekräften und Haushaltshilfen sowie ein den Bedarfen häufig nicht genügender Wohnraum kritisiert. Bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderung wird ein Kernproblem in der Komplexität der dieser Gruppe zugedachten sozialstaatlichen Unterstützungssysteme und in einer hohen Betreuungsintensität der Eltern gesehen.

In Teil B der Studie wurde deutlich, dass für Nürnberg mit amtlichen Daten allein kaum Aussagen über Bedarfe und die Verfügbarkeit von barrierefreiem Wohnraum möglich sind. Das ist ungünstig für städtische Planungsmaßnahmen, die angesichts der demografischen Alterung und dem damit zu erwartenden Zuwachs an Pflegebedarfen und Mobilitätseinschränkungen damit rechnen muss, dass die Bedarfe an barrierefreiem Wohnraum in Zukunft weiter steigen werden. Für eine genauere Abschätzung waren daher die Ergebnisse der Haushaltsbefragung umso wichtiger, der zufolge etwa ein Viertel der Befragten ihre Wohnung als eher schon barrierefrei und 17 % als rollstuhlgerecht erachten. Werden die Wohnungen nicht als barrierefrei angesehen, werden als häufigste Gründe dafür Treppen im Hauseingang und nicht vorhandene Aufzüge angegeben. Mehr als die Hälfte der Haushalte, die nicht für barrierefrei befunden werden, gehen davon aus, dass umfangreiche bauliche Maßnahmen erforderlich wären, um die Wohnung barrierefrei zu machen. Etwa ein Drittel meint allerdings auch, dass ein entsprechender Umbau aus praktischen Gründen nicht möglich wäre. Mit Besorgnis sehen das vor allem diejenigen, die sich bereits in einem fortgeschrittenen Alter befinden und bei einer weiteren Verschlechterung des Gesundheitszustands davon ausgehen, dass ein Umzug in eine barrierefreie Wohnung unumgänglich wird. Besteht ein Umzugswunsch, nennen Menschen mit Behinderung zu 40 % eine mangelnde Barrierefreiheit oder Rollstuhlgerechtigkeit als eine Ursache. Zugleich wird die Suche nach einer geeigneten Wohnung häufig als schwierig empfunden, einerseits wegen des an sich schon begrenzten Angebots, andererseits aufgrund der damit verbundenen Mietkosten, die bei barrierefreien Wohnungen höher ausfallen.

Mit der vom Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt Stadt Nürnberg in Auftrag gegebenen Studie stehen nun umfängliche und differenzierte Befunde über die Zahl und Teilhabe von in Nürnberg lebenden Menschen mit Behinderung und barrierefreien Wohnraum zur Verfügung, die deutlich über die Angaben des Hellfeldes hinausgehen. Sie bilden damit eine gute und verlässliche Grundlage, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Nürnberg weiter zu verbessern und speziell mit kommunalen Mitteln den Bedarfen barrierefreien Wohnens in geeigneter Weise Rechnung zu tragen.